

Fast alle stimmen für 1000 Meter Mindestabstand

HENGGART Ruedi Eigenheer kamen fast die Tränen. 136 der 146 Anwesenden nahmen seine Einzelinitiative an. Auch der Gemeinderat war für einen Mindestabstand zu Windanlagen, obwohl auf Gemeindeboden kaum eine infrage kommt.

«Bergbuck» heisst das Potenzialgebiet Nr. 6 und liegt zwischen Dorf und Henggart. Auf dem laut Steckbrief der Baudirektion «relativ flachen Hügel», 540 Meter über Meer, könnten drei Windkraftanlagen erstellt werden. Die Erschliessung wird als machbar angesehen.

Und doch kann sich Gemeindepräsident Andreas Wyler «fast nicht vorstellen, dass dort je ein Windrad gebaut wird». Das sagte er am Mittwoch an der Gemeindeversammlung den anwesenden 146 Stimmberechtigten. Diese hatten unter anderem über zwei Traktanden zu befinden, die die Bau- und Zonenordnung der Gemeinde betreffen.

«Hebed em Guggelhürl»

Ruedi Eigenheer, 79-jährig, war dabei, als vor 40 Jahren eine westliche Umfahrungsstrasse verhindert wurde. Mit der östlichen A4 hätte diese Henggart eingeschlossen. Und nun bedrohen mögliche Windanlagen das Gebiet Guggelhürl, dem «unbedingt Sorge» zu tragen sei. Deshalb hat er vor zwei Jahren bei der Gemeinde eine Eingabe gemacht.

Er verlangt einen Mindestabstand von 1000 Metern von Windturbinen zu bewohnten Gebäuden. Am Mittwoch kam das Begehren vor die Gemeinde – mit der Unterstützung der Behörde. Und dies, obwohl das Gebiet «Bergbuck» nur «keinen Flecken des Gemeindegebiets» betrifft, wie Gemeinderat Michael Obst sagte. Für die Behörde würde ein Windpark die Lebens- und Wohnqualität einschränken.

Wyler: Zeichen setzen

Präsident Andreas Wyler betonte, der Gemeinderat wisse, dass der Kanton einen solchen Artikel in der BZO nicht akzeptieren werde. «Wir möchten aber,



Ruedi Eigenheer strahlt am Stand von Gegenwind an der Wohga in Winterthur. Zeigt er mit dem Meter den Abstand zu einem Windrad? «Nein», sagt er. Der eine Zentimeter zeige das Potenzial der Windkraft am Strommarkt. Bild: zvg

dass der Kanton uns hört.» Ein Antrag sei eine minime Chance dafür. Ebenfalls sagte er, man solle die Windmessungen abwarten. Würden diese negativ ausfallen, sei es noch unwahrscheinlicher, dass je ein Windrad gebaut werde.

Bis auf eine Wortmeldung sprachen sich alle für ein Verbot aus – wegen der nötigen Zufahrtsstrasse für den Bau, weil schon Windrädli mit 300 Metern Nabenhöhe möglich sind, und weil einfach der Ansatz falsch sei.

Sie rannten offene Türen ein. Mit 136:5 wurde die Initiative angenommen. «Mir kommen fast die Tränen», sagte Ruedi Eigenheer sichtlich gerührt. Andreas Wyler sagte, er sei froh, dass bereits die Gemeinde Dorf einen ähnlichen Vorstoss angenommen habe. Die Nachbarin sei ja stärker betroffen.

Gegen Mehrwertabgabe

Beim zweiten Antrag in die BZO ging es um Anpassungen der Baubegriffe und darum, dass Henggart keine Mehrwertabgabe einführen will für Land, das durch Um- oder Aufzonun-

gen mehr Wert erhält. Der Aufwand sei zu gross, der Nutzen zu klein, erklärte Michael Obst. Da meldete sich der Vertreter der RPK. Trotz finanzieller Bedeutung seien sie nicht in dieses Geschäft eingebunden gewesen. Und die finanziell klamme Gemeinde sollte sehr wohl ein Interesse daran haben, Mehrwerte abschöpfen zu können.

Andreas Wyler erwähnte die Freigrenze von 1200 Quadratmetern und 100 000 Franken. Zudem wäre ein Reglement nötig, und das Geld könnte somit nicht in die laufende Rechnung fliessen, sagte er. Namens der RPK stellte Thomas Wälti den Antrag auf Rückweisung, damit der Gemeinderat eine Grundlage für den Entscheid schaffen könne. 40 Personen stimmten zu, das nötige Drittel wurde nicht erreicht. Mit 115 Ja wurde der Antrag des Gemeinderats schliesslich angenommen.

Steuerkraft und Vermögen sinken

Finanziell stehe Henggart «nicht gut da», sagte Ignaz Reichmuth, Finanzreferent und Bald-Gemeindepräsident. Das Defizit betrage 1,28 Millionen

Franken, die Steuerkraft sinke. Zwar sei Henggart schuldenfrei, aber bald auch ohne Nettovermögen. 2028 sei es aufgebraucht. Die Rechnung wurde einstimmig angenommen.

Nach der Beantwortung einer schriftlichen Anfrage zur Trägerschaft der Parzelle 1552 standen die Verabschiedungen an. In Gemeinderat, RPK und Schulpflege traten je drei Personen zurück, darunter Jacqueline Bohnenblust nach 16 Jahren in der Schule.

Andreas Wyler war zwölf Jahre im Amt. Er erinnerte daran, dass Gewählte auch Bürger seien, die der Gemeinde nie schaden wollten. Er habe nicht nur Freude erlebt, manchmal sei eine hohe Frustrationstoleranz gefragt gewesen, sagte er und bat um Verständnis für Laienbehörden. (spa)

RECHNUNG 2025

Einheitsgemeinde

Aufwand	14 450 000
Ertrag	13 170 000
Ergebnis	-1 280 000

Blitzschlag in eine Tanne sorgte für einen Riesenclapf

BENKEN Am Dienstagabend sorgte ein Blitzeinschlag in eine Tanne für einen gewaltigen Knall. Dabei wurden Holzteile über beachtliche Distanzen weggeschleudert.

Am Dienstagabend kurz vor 20 Uhr zog eine Gewitterzelle über Benken hinweg. Dabei schlug ein Blitz in eine mächtige, über die Gebäude hinausragende Tanne im grossen Park der Friedau, respektive des ehemaligen Doktorhauses, ein. Einerseits sorgte der ohrenbetäubende Knall für verutzte und auch verängstigte Gesichter. Andererseits zeigte sich danach ein durchaus spezielles Bild der Verwüstung. Durch die Wucht der Explosion war die Krone weggesprengt und der obere Teil des Stamms buchstäblich auseinandergerissen worden. Holzteile, teilweise in der Grösse von Holscheiten, wurden über 50 Meter weit geschleudert. Gemäss ersten Abklärungen kam dabei niemand zu Schaden. Die mit dem Gewitter verzeichneten Niederschläge von 30 bis 35 Millimetern sorgten für eine dankbare Entschärfung der aktuellen Trockenheit.

Durch einen Blitzschlag wird ein Baum innert Sekundenbruchteilen massiv erhitzt, wodurch die Feuchtigkeit im Innern verdampft. Das führt zu einem grossen Druck, der in einer Explosion des Holzes endet. (romü)



Der Blitzeinschlag sprengte die Baumkrone weg, und ein Teil des Stammes wurde auseinandergerissen. Bild: romü

ABSTIMMUNG VOM 14. JUNI

Nationale Vorlage: Änderung Zivildienstgesetz

Pro: Ja zum revidierten Zivildienstgesetz



Die Schweiz lebt vom Milizgedanken: Wer kann, übernimmt Verantwortung – nicht nur für sich selbst, sondern auch für die Gesellschaft – und leistet somit einen wertvollen Beitrag zur Sicherheit und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Der Zivildienst erfüllt – als Ausnahmelösung – eine wichtige Aufgabe für Menschen, die aus echter Überzeugung keinen Militärdienst leisten können. Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt jedoch: Der Zivildienst ist zunehmend zur bequemen Alternative geworden – meist ohne eigentlichen Gewissenskonflikt. Das schwächt die Armee und den Zivilschutz, ist unfair gegenüber all jenen, die verantwortungsvoll Dienst leisten, und beeinträchtigt die Einsatzbereitschaft der Armee – gerade in den heutigen unsicheren Zeiten.

Die dringend nötige Gesetzesänderung beendet diese Wahlfreiheit, ohne den Zugang zum Zi-

vildienst für echte Gewissensverweigerer einzuschränken. Sie beseitigt falsche Anreize und stellt sicher, dass der Zivildienst wieder zur begründeten Ausnahme wird.

Für die FDP gehören Freiheit und Verantwortung untrennbar zusammen. Wer Freiheit und Wohlstand geniessen will, soll auch bereit sein, einen Beitrag zum Schutz und Funktionieren unseres Landes zu leisten. Verantwortung bedeutet nicht, sich unangenehmen Pflichten zu entziehen, sondern sich nach Kräften in den Dienst der Gemeinschaft zu stellen.

Ein Ja zur Änderung des Zivildienstgesetzes ist ein Ja zu Fairness, Verlässlichkeit und Verantwortung – Werte, die die Schweiz prägen und stark machen.

Dominique Strässler, Vorstandsmitglied FDP Bezirk Andelfingen

Ja empfehlen: FDP, SVP, EDU, Die Mitte

Kontra: Ein starkes Milizsystem braucht alle drei Säulen



Der Merksatz: «Bau selbst einen grösseren Turm, und versuche nicht, den anderen Turm niederzureissen», begleitet mich schon mein halbes Leben. Das Zivildienstgesetz versucht genau das Gegenteil.

Militärdienst darf nicht nur ein Karriereunterbruch sein, sondern sollte ein Karrierebaustein werden. Wer Verantwortung übernimmt, Führung lernt und Zeit investiert, soll davon auch im zivilen Leben profitieren – durch anerkannte Qualifikationen, planbare Einsätze und echte Vorteile in Ausbildung und Beruf. Das Gesetz bringt keine einzige Aufwertung des Militärdienstes.

Betrachten wir die neue geopolitische Lage, so kann die Antwort nicht sein, Zivildienstesätze für Ärzte zu verbieten, wie es die dritte Massnahme verlangt. Die moderne, aufgeklärte Antwort wäre vielmehr eine allgemeine, geschlechterun-

abhängige Dienstpflicht. Alle drei Säulen sind in Krisenzeiten entscheidend: Militär, Zivilschutz und Zivildienst. Verteidigung, Bevölkerungsschutz und sozialer Zusammenhalt sollten nicht gegeneinander ausgespielt, sondern als komplementär betrachtet werden.

Entscheiden wir uns dennoch dafür, den Turm niederzureissen, müssen wir uns fragen: Lösen diese Massnahmen überhaupt ein Problem? Wir haben nach unseren eigenen Kriterien genügend Soldaten. Viele wechseln nach der Rekrutenschule nicht aus Bequemlichkeit, sondern weil WKs sich primär an das Führungspersonal richten. Für Soldaten sind sie oft wenig sinnvoll, wenig aktiv und schlecht planbar. Im Zivildienst lassen sich Einsätze mit Beruf und Alltag koordinieren; beim Militär bestimmt der Marschbefehl.

Lucas Erni, GLP Wyland

Nein empfehlen: SP, Grüne, EVP, GLP